



Begeisterte Besucher

Die berühmte Allunionsausstellung in Moskau zieht die Massen an. Seite 3

Foto: dpa/Tom Schulze

Polarisierender Diskurs

Die Debatte ums Prostitutionsgesetz entzweit auch die Linke. Seite 5

Brutales Ballett

Warum nehmen wir das Foul als Kollateralschaden hin? Seite 16

Foto: dpa/Thomas Eisenhuth

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 27. Juni 2016

71. Jahrgang/Nr. 148

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de



STANDPUNKT

Die Komplexität des Brexits

Katja Herzberg zu innerbritischen Zerfallserscheinungen

Wer dachte, der Brexit stürze die EU in eine neue Krise, lag nicht falsch. Was sich jedoch in den ersten Tagen nach dem Referendum in Großbritannien abspielt, geht darüber weit hinaus und ist mit dem Begriff Chaos noch harmlos umschrieben. Kein Stein bleibt im komplexen Königreich mehr auf dem anderen, der Brexit zersetzt vor allem die Insel selbst.

Während ein zweites Unabhängigkeitsreferendum in Schottland vom Beginn der Brexit-Debatte an im Raum stand und von Nicola Sturgeon nun in die Wege geleitet wird, bricht das politische Erdbeben über die Großparteien in London etwas plötzlicher herein. Sowohl bei den konservativen Tories als auch bei der sozialdemokratischen Labour Party haben die Personaldiskussionen erst begonnen. Eine Neuwahl ist nicht auszuschließen und damit auch nicht ein Wahlsieg der nationalistischen EU-Feinde von UKIP. Der Druck auf die Führung des Landes wächst auch durch den Protest junger Menschen. Jene, die den Brexit am härtesten zu spüren bekommen, wehren sich gegen die Aufgabe ihrer europäischen Unionsbürgerschaft. Ein zweites Referendum zu fordern ist eigentlich aussichtslos. Dennoch zeichnen immer mehr Menschen eine entsprechende Petition.

Immer offensichtlicher wird, dass die Wortführer des Brexits über die Konsequenzen einer solchen Entscheidung kaum nachdachten. Noch viel weniger Gedanken scheinen sie aber darauf verwendet zu haben, was nun eigentlich aus ihrem so geliebten Britain werden soll.

UNTEN LINKS

Wie man hört, soll Großbritannien ja angeblich bis vor kurzem Mitglied der EU gewesen sein. Unfassbar! Die Briten? Diese Barbaren? Seine Dumpfbacken und seine rattengesichtigen Kinder verschickt der Brite im Sommer in zivilisierte südeuropäische Länder, um sie dort normale Touristen terrorisieren zu lassen. Nach Klärschlamm riechende chemische Kampfstoffe verbietet der Brite nicht etwa, sondern verkauft sie in für alle zugänglichen Geschäften als Brotaufstrich (»Marmite«). In seinen Baked-Beans-Konservendosen versteckt der Brite unzerstörbare gummiartige Nöppel, die er »Würstchen« nennt und von denen sich – ich konnte es mit eigenen Augen beobachten – nach kurzem Schnüffeln selbst eine bis aufs Skelett abgemagerte Straßenkatze mit allen Anzeichen des Angewidertseins abwendet. Und wo andere EU-Staaten ein Wetter haben, hat der Brite Regen. Kurz: Den Briten braucht kein Schwein. Andererseits: Selbst Sachsen gehört angeblich derzeit noch zur EU. tbl

Say Goodbye, say Hello

Nach dem Votum gegen die EU-Mitgliedschaft spitzt sich der Streit um den Brexit zu



Foto: AFP/Justin Tallis

Berlin. Der erste Schock nach dem Brexit-Votum ist überwunden. Die Gräben zwischen EU-Befürwortern und -Gegnern sind jedoch kein bisschen kleiner geworden. Getreu der Beatles-Zeile »You say goodbye and I say hello« traten am Wochenende die politischen Spannungen in Großbritannien vollends zutage. Am Sonnabend demonstrierten hunderte Menschen in London und Edinburgh gegen den Austritt aus der EU. Die schottische Regierung beschloss am selben Tag, ein neues Unabhängigkeitsreferendum anzustreben. Sie wolle Schottlands »Platz in der EU« wahren, sagte Ministerpräsidentin Nicola Sturgeon. Seinen

Stuhl in Brüssel räumte derweil der britische EU-Finanzkommissar Jonathan Hill. Er könne nicht weitermachen, »als ob nichts geschehen wäre«, so Hill.

In diesem Sinne forderte EU-Parlamentspräsident Martin Schulz die britische Regierung von David Cameron auf, beim EU-Gipfel am Dienstag das Austrittsgesuch vorzulegen. »Ein Zögern, nur um der Parteitaktik der britischen Konservativen entgegenzukommen, schadet allen«, sagte Schulz der »Bild am Sonntag«. Ähnlich äußerte sich Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier am Samstag nach einem Treffen mit seinen Kol-

legen aus Frankreich, Italien, den Niederlanden, Belgien und Luxemburg. Der Austrittsprozess müsse »so schnell wie möglich losgehen«. Daran anknüpfend hat die EU bereits ihren Vertreter für die Verhandlungen benannt: Der belgische Diplomat Didier Seeuws soll die »Brexit Task Force« leiten.

Die EU-Expertin Tanja Börzel schätzt, dass die EU-Institutionen und -Länder in den Verhandlungen hart bleiben werden. »Mit dem Sonderstatus ist es vorbei. Großbritannien wird jetzt behandelt werden wie alle anderen auch«, sagte die Politikwissenschaftlerin im nd-Interview. kah Seiten 2 und 9

Versöhnungsrhetorik bei den Unionsparteien

Angela Merkel und Horst Seehofer betonen nach Krisentreffen Gemeinsamkeiten

Monatlang wurde erbittert gestritten – in Potsdam haben CDU und CSU nun die Versöhnungsfahne gehisst. Der größte Streitpunkt, die Flüchtlingspolitik, blieb allerdings außen vor.

Potsdam. Die Vorsitzenden der Schwesterparteien CDU und CSU, Angela Merkel und Horst Seehofer, bemühen sich nach ihrem erbitterten Flüchtlingsstreit nun um Einigkeit vor der Bundestagswahl. Eine der großen Aufgaben der Union sei es, die Bürger durch eine Zeit schneller und gravierender Veränderungen zu lotsen, sagte Merkel am Samstag nach einer Strategieklausur der Unionsspitze in Potsdam. Sie sollten das Gefühl haben, dass die Politik ihre Sorgen, Ängste und Erwartungen ernst nehme. Die Union wolle gemeinsam an Lösungen arbeiten, die auch in Zukunft Wohlstand und Sicherheit garantierten.

Seehofer unterstrich gemeinsame Werte von CDU und CSU:

»Am Ende soll ein Angebot für das bürgerliche Lager (...) stehen.« Merkel betonte offensichtlich mit Blick auf Befürchtungen von konservativen Unionsvertretern, es gehe nicht darum, die Wertebasis zu verändern. »Sondern es geht darum, sie mit Leben in einer sich schnell verändernden Welt zu füllen.« CDU und CSU hätten mit der Klausur eine Basis für konkrete Entscheidungen geschaffen.

Seehofer legte sich allerdings nicht auf Merkel als gemeinsame Kanzlerkandidatin fest. »Wir befinden uns über ein Jahr vor der Bundestagswahl.« Mit Anleihen beim Fußball beschrieb er die Lage so: »Eine Europameisterschaft beginnt nicht mit dem Finale. Wir sind jetzt in der Gruppenphase und dann sehen wir weiter.« Merkel hat noch nicht bekannt gegeben, ob sie 2017 zum vierten Mal antritt.

Merkel und Seehofer sprachen auch angesichts der britischen Entscheidung für einen EU-Aus-

tritt von ernsthaften und konstruktiven Diskussionen. Beide hatten schon vorher vereinbart, ihr Zerwürfnis über die Flüchtlingspolitik bei dem Treffen auszuklammern.

Über die Themen der Klausur will die Union in den nächsten

Seehofer legte sich nicht auf Merkel als gemeinsame Kanzlerkandidatin fest.

Monaten auf sechs Kongressen mit gesellschaftlichen Gruppen diskutieren. Bei diesen »Megatrends« (Merkel) geht es etwa um Europas Rolle in der Welt unter dem Eindruck des EU-Austritts der Briten sowie um Migration, Terrorbekämpfung, Digitalisierung und Zusammenhalt der Gesell-

schaft. Beschlüsse wurden in Potsdam nicht gefasst.

Seehofer sprach von einer ertragreichen Klausur mit anspruchsvollen Diskussionen und sagte: »Ich bin damit sehr zufrieden.« Auf der Grundlage der sechs Themenplattformen könnten CDU und CSU gut zusammen weiterarbeiten. Nach den Kongressen werde »mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit« entschieden, wie CDU und CSU in den Wahlkampf ziehen.

SPD-Generalsekretärin Katarina Barley sagte den Zeitungen der Funke Mediengruppe: »Lippenbekenntnisse wie jetzt nach der Potsdamer Klausur reichen nicht.« Nach dem CDU-Parteitag im vorigen Dezember hätten Beteuerungen, sich wieder zu vertragen, gerade eine Woche gehalten. Gute Regierungsarbeit sei derzeit nur sehr schwer möglich, weil sich CDU und CSU nicht einigen könnten. Agenturen/nd

Kommentar Seite 4

Spanien wählte neues Parlament

»Patt oder nicht Patt?« lautete die spannende Frage des Votums

Madrid. Unter dem Eindruck des Brexit-Votums haben die Spanier am Sonntag zum zweiten Mal binnen eines halben Jahres ein neues Parlament gewählt. Die Neuwahl wurde angesetzt, weil es den Parteien nach dem Patt im vergangenen Dezember nicht gelungen war, eine Koalition zu bilden. Umfragen zufolge wurde mit einer Wiederholung des Patts gerechnet. Ergebnisse lagen zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

Nach zahlreichen Affären hatten die Spanier bei der Wahl im Dezember die beiden großen Parteien abgestraft, die sich seit Jahrzehnten in Madrid an der Macht ablösen. Die konservative Volkspartei (PP) von Ministerpräsident Mariano Rajoy blieb zwar mit 28,7 Prozent stärkste Kraft, verlor aber ihre absolute Mehrheit. Die Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) unter Pedro Sánchez kam an zweite Stelle, fuhr aber mit 22 Prozent ihr bislang schlechtestes Ergebnis ein. Die linksalternative Podemos von Pablo Iglesias und die liberale Partei Ciudadanos erreichten zweistellige Ergebnisse. AFP/nd

Schwindel bei Einsatzkosten

Beträge für Auslandsmissionen der Bundeswehr zu niedrig angesetzt

Berlin. Die Kosten für Auslandseinsätze der Bundeswehr sind nach einem »Spiegel«-Bericht in den vergangenen zehn Jahren stets zu niedrig veranschlagt worden. Die eingeplanten Mittel hätten im Nachhinein oft um mehrere hundert Millionen Euro nach oben korrigiert werden müssen, berichtet das Magazin unter Berufung auf einen noch unveröffentlichten Bericht des Verteidigungsministeriums an den Haushaltsausschuss des Bundestags. So habe das Ministerium 2009 für internationale Missionen 580 Millionen Euro eingeplant, tatsächlich hätten die Kosten bei 1,1 Milliarden Euro gelegen. Im folgenden Jahr wurden die Planungen um 527 Millionen Euro überschritten. Selbst 2015 mit deutlich weniger Auslandseinsätzen lagen die Kosten knapp 50 Prozent über der Planung.

Die Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Gesine Lötzsch (LINKE), kritisierte, die Kosten würden »vorher künstlich kleingerechnet«, um die Zustimmung der Abgeordneten zu bekommen. Das sei »eine systematische Täuschung des Parlaments«. Agenturen/nd

Griezmann erlöst Frankreichs Kicker

Gastgeber erreicht das Viertelfinale der Fußball-Europameisterschaft

Lyon. Gastgeber Frankreich hat bei der Fußball-Europameisterschaft das Ausscheiden im Achtelfinale verhindert. Denn der Ire Robbie Brady ließ seine Mannschaft mit seinem in der 2. Minute verwandelten Foulelfmeter mit dem zweitschnellsten Tor der EM-Geschichte von einer Sensation träumen. Den Rekord hält weiterhin der Russe Dmitri Kiritschenko, der 2004 beim 2:1-Sieg in der Vorrunde gegen Griechenland bereits nach 67 Sekunden traf.

Brady, der sein Team mit dem Siegtreffer im letzten Gruppenspiel gegen Italien erst ins Achtelfinale brachte, ließ Frankreichs Torwart Hugo Lloris keine Chance. »Natürlich sind wir enttäuscht. Es fing so gut an für uns. Wir hätten für unsere unglaublichen Fans gerne noch einen weiteren Schritt gemacht«, sagte Irlands Kapitän Seamus Coleman.

Erst in der 58. Minute glich Frankreich mit einem Treffer von Griezmann aus. Drei Minuten später war er erneut zur Stelle und brachte die Franzosen auf die Siegerstraße. Auch Polen, Portugal und Wales stehen im Viertelfinale. dpa/nd Seiten 18 bis 20

ISSN 0323-3375

